

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Sernsprecher Nr. 210.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

N 133.

80. Jahrgang.

Donnerstag, den 12. Juni

1913.

Das im Grundbuche für Schönheiderhammer Blatt 5 auf den Namen der **Antoinette Helene Lisette verm. Schädlich, verm. gew. Schindler geb. Zeidler** eingetragene, auf dem Berge an der alten Straße nach Schönheide gelegene Grundstück Nr. 29 Abt. A des Brandkatasters, soll

am 30. Juni 1913, vormittags 10 Uhr

an Gerichtsstelle — im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden. Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 3, 4 Nr. 20 auf 2183 M. 20 Pfg. geschätzt. Es besteht aus einem kleinen Haus mit Grasgarten. Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 28. April 1913 verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche

nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Eibenstock, den 4. Juni 1913.

Königliches Amtsgericht.

Graf Zeppelin in Wien.

Zu Ehren des Grafen Zeppelin fand am Dienstagabend im Stadtratsgebäude ein kleines Festmahl statt, dem unter anderem beizuwohnen Graf Zeppelin, Direktor Golsmann, Baron Semmlinger, der Kesse des Grafen, der deutsche Botschafter, der sächsische Gesandte Fürst zu Fürstenberg, der Minister des Innern, Freiherr von Heinold, der Minister für öffentliche Arbeiten, Trnka, der Statthalter, der Vizebürgermeister u. s. w. Bürgermeister Dr. Weißkirchner brachte einen Trinkspruch aus, indem er zunächst den Grafen aufs herzlichste begrüßte und ihm für seinen Besuch dankte. Er gedachte sodann der freundschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten und Herrscher sowie des 25jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers und trank auf die beiden Monarchen. Die Kapelle intonierte „Heil Dir im Siegerkranz“ und die Volkshymne. Der Redner fuhr dann fort und sagte unter anderem: Wir freuen uns auch des heutigen Tages als eines neuerlichen Erfolges deutschen Geistes und deutscher Kraft. Wir freuen uns auch, weil wir mit Bewunderung auf Euer Erzählen blicken dürfen, den Gott begnadete, der größte Erfinder auf diesem Gebiete zu sein. Er schloß: Gott schütze und erhalte den Grafen Zeppelin bis zur äußersten Grenze des menschlichen Lebens. Gott gebe ihm Gesundheit und Kraft, auch weiter seinem Kaiser zu dienen. Graf Zeppelin erwiderte in bewegten Worten und sagte unter anderem: Ich bin Ihnen unendlich dankbar, daß mir hier ein solcher Empfang zuteil geworden ist. Ich danke dem Bürgermeister und der ganzen Wiener Bevölkerung für die Aufnahme und erhebe mein Glas auf die immer festeren und dauernden Beziehungen der beiden verbündeten Völker. Nachdem der Minister des Innern den Grafen im Namen der Regierung und des Ministerpräsidenten begrüßt hatte, folgte eine Reihe von Trinksprüchen, darunter einer des Fürsten zu Fürstenberg. Dr. Weißkirchner sandte während des Mahles an die Gräfin Zeppelin ein Glückwunschtelegramm namens des Bürgermeisters und der Bevölkerung Wiens.

Wien, 10. Juni. Graf Zeppelin machte heute vormittag in der Uniform seines Marine-Regiments den Mitgliedern des Kaiserhauses, dem Botschafter v. Tschirschky und dem Fürsten zu Fürstenberg seine Aufwartung und empfing sodann den Besuch des Erzherzogs Leopold Salvator. Um 1/1 Uhr empfing Kaiser Franz Josef Zeppelin in besonderer Audienz, an die sich ein Frühstück anschloß, das der Kaiser zu Ehren des Grafen in der kleinen Galerie des Schlosses zu Schönbrunn gab. An diesem Frühstück nahmen ferner der Kesse des Grafen, Graf Ferdinand Zeppelin jun., Direktor Golsmann, Botschafter von Tschirschky, der Militärattaché Graf von Kagened, der Kriegsminister von Krobatin, sowie die höheren Militärs, Mitglieder des österreichischen Luftschifferverbandes und die obersten Stabchefs teil.

Wien, 10. Juni. Der Kaiser hat dem Grafen Zeppelin das Ehrenzeichen für Kunst und Wissenschaft verliehen. — Heute mittag ließ Oberbürgermeister Dr. Weißkirchner dem Grafen Zeppelin das ihm zur Erinnerung an den Flug von der Stadt Wien gewidmete Ehrengeschenk überreichen. Das Geschenk besteht aus einer goldenen Kasette, auf deren Deckel das Panorama Wiens mit dem Rathaus, dessen Turm das Luftschiff umschwebte, eingraviert ist. Das Luftschiff „Sachsen“, das, wie wir schon mel-

deten, gestern früh zur Rückfahrt aufgestiegen war, ist in Friedrichshafen wieder eingetroffen.

Friedrichshafen, 10. Juni. Das Luftschiff „Sachsen“, das wegen schlechter Windverhältnisse die

anfänglich geplante Reise nach Berlin aufgab, ist heute nachmittag um halb 5 Uhr glatt gelandet.

Die cruste Situation auf dem Balkan.

Die politischen Nachrichten aus Sofia und Belgrad lauten sehr ernst. Man befürchtet allen Ernstes, daß Serbien, sollte nicht rechtzeitig von Bulgarien eine befriedigende Antwort auf die serbische Note eingehen, die besetzten Gebiete annektieren wird, ein Vorgehen, das den casus belli bedeutet. Es ist aber nicht zu erwarten, daß Bulgarien unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch nur im geringsten nachgeben wird, und so glaubt man dem allgemein an den baldigen Ausbruch des Krieges:

Konstantinopel, 10. Juni. Die Postreue erhielt heute Telegramme aus Europa, wonach die Lage unter den Balkanverbündeten sich decaut zugespitzt hat, daß man hier mit einer friedlichen Regelung nicht mehr rechnen zu können glaubt. Der Beginn der Feindseligkeiten wird innerhalb der nächsten Wochen erwartet.

Sofia, 10. Juni. Das soeben hier bekannt gewordene Interview des serbischen Kronprinzen mit einem Mitarbeiter der „Postifa“ erweckt Enttäuschung und wird als Beweis dafür betrachtet, daß Serbien um jeden Preis den Krieg will.

Paris, 10. Juni. Der Korrespondent des „Matin“ meldet aus Sofia, Dr. Danow habe ihm auf die Frage, ob er ein Mittel zur Erhaltung des Friedens wisse, folgendes erwidert: Wir können um keinen Preis nachgeben. Unser Entschluß, auf der Durchführung der Klauseln des Bündnisvertrags zu bestehen, ist unerschütterlich. Wenn also die Erhaltung des Friedens von etwaigen Zugeständnissen unsererseits abhängen sollte, dann ist der Frieden leicht gefährdet.

Wie immer, wenn die gärende Gist am Balkan zum Ueberbrausen kommen will, erhebt sich Europa, um alle Gefahren zu bannen:

Sofia, 10. Juni. Einzelne Gesandtschaften erhielten die Weisung, der bulgarischen Regierung Rat schläge zwecks friedlicher Beilegung des Konfliktes unter den Verbündeten zu erteilen. Man erwartet im Laufe der nächsten Tage eine diesbezügliche Demarche sämtlicher hier anwesenden Vertreter der Mächte.

Petersburg, 10. Juni. Minister Sjazonow ist heute nach Petersburg zurückgekehrt. Die russische Diplomatie ist im Begriff, neue energische Schritte gleichzeitig in Sofia und Belgrad zu unternehmen, um beide Staaten mit den übrigen Balkanländern zu gemeinsamen Beratungen über die schwierige Lage zu veranlassen. In Sofia hat sie bereits gegen eine Verschleppung der Verhandlungen protestiert, die sowohl Serbien als auch die anderen Staaten, die dem Balkanbund sympathisch gegenüberstehen, in höchster Aufregung erhalte. Das hierige Auswärtige Amt hofft trotz des außerordentlichen Ernstes der Situation auf eine friedliche Lösung in letzter Stunde. Man ist sich hier darüber klar, daß im Falle eines blutigen Konfliktes unter den Verbündeten weder Rumänien noch die Türkei stumme Zuschauer bleiben würden.

Ueber die verschiedenen Kabinettskrisen wird gemeldet:

Sofia, 10. Juni. Dr. Danow wurde mit der Kabinettsbildung betraut. Er hatte mit mehreren Parteiführern Besprechungen zwecks Bildung eines Kabinetts auf Grundlage einer breiteren Koalition.

Wien, 10. Juni. Der „Neuen Freien Presse“ wird aus Sofia telegraphiert, daß es den Vertretern der Nationalpartei gelungen sei, Gschow zu überreden, im Kabinette zu verbleiben, sodaß die Wahrscheinlichkeit besteht, daß der bisherige Ministerpräsident

die Leitung der Regierungsgeschäfte behält. Wie von Gschow nahestehender Seite verlautet, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Theodorow Premierminister wird, da Gschow ermüdet und dringend erholungsbedürftig ist.

Belgrad, 10. Juni. Pasitsch demontiert alle Gerüchte von einer bevorstehenden serbischen Kabinettskrisis.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Kaiser und der österreichische Thronfolger. Zu den Berliner politischen Kreisen verlautet, daß demnächst zwischen dem Kaiser und dem österreichischen Thronfolger eine Begegnung stattfinden wird. Es gilt für nicht ausgeschlossen, daß der Thronfolger zum Regierungsjubiläum des Kaisers nach Berlin kommt. Eine gegenseitige Besichtigung Berliner Blätter wird als nicht zutreffend bezeichnet.

Ein neuer Versuch zur Lösung der Deckungsfrage. Wie die „Germania“ von unrichtiger Seite hört, sind neue Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien des Reichstages über die Lösung der Besitzsteuerfrage im Gange. Sie haben die Regierungsvorschläge zur Grundlage, allerdings mit der Einschränkung, daß anstelle der sogenannten Sicherungsartikeln enthaltenen Vermögenswachstumssteuer eine Reichsvermögenssteuer treten soll. In unrichtigen Kreisen hofft man auf dieser Grundlage zu einer Verständigung zu kommen. Die Regierung verhält sich allerdings noch gegenüber diesen Vorschlägen ablehnend, doch besteht die Aussicht, daß sie schließlich ihren Widerstand aufgeben wird, wenn sie sieht, daß auf einem anderen Wege eine Verständigung nicht zu erreichen ist.

Das Erbrecht des Staates. Die Budgetkommission des Reichstages begann am Dienstag die Beratung des Gesetzentwurfs über das Erbrecht des Staates. Paragraph 1 Absatz 1 wurde nach der Vorlage angenommen, mit einer unwesentlichen Veränderung, wonach die Entscheidung über die Meinungsverschiedenheiten, welcher Fiskus gesetzlicher Erbe ist, auf Anrufen des Reichskanzlers nicht der Bundesrat, wie der Entwurf vorschlägt, sondern das Reichsgericht zu treffen hat. Die nächste Sitzung der Kommission findet am Donnerstag um zehn Uhr statt.

Österreich-Ungarn.

Graf Tisza beim österreichischen Kaiser. Graf Tisza legte am Dienstag dem Kaiser die Ministerliste vor, die der Kaiser genehmigte. Er ernannte den Grafen Tisza zum Ministerpräsidenten.

Frankreich.

Die französische Wahlreform im Senat. Der Senat nahm in seiner Sitzung vom Dienstag die Beratung der Wahlreform wieder auf. Ministerpräsident Barthou erinnerte daran, daß die Kammer sich mit großer Mehrheit für eine Vertretung der Minderheiten auf dem Wege des Wahlquotienten ausgesprochen, daß aber der Senat diese Vorlage abgelehnt habe. Barthou erklärte weiter, er trete für die Einigkeit der beiden Kammern und für die Einigkeit der Republikaner ein und er verstehe sich nicht auf den Gedanken des Wahlquotienten, um die Vertretung der Minderheiten durchzusetzen. Die Regierung werde mit dem Senat in loyaler Weise zusammenarbeiten und einen annehmbaren Ausgleich suchen, aber die Vorlage der Senatskommission sichere gegenwärtig keine ausreichende Vertretung der Minderheiten, sie müsse verbessert werden. Der Berichterstatter nahm von der Erklärung des Ministerpräsidenten unter dem Beifall des Hauses Notiz.